Deutscher Bundestag **Drucksache 19/1173**

19. Wahlperiode 13.03.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Dr. Alexander S. Neu, Helin Evrim Sommer, Michel Brandt, Christine Buchholz, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

„Operation Olivenzweig" der Türkei in Syrien als völkerrechtwidrigen Angriffskrieg verurteilen und Rüstungsexporte in die Türkei stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die türkische Armee hat in der Nacht zu Freitag, den 19. Januar 2018, zunächst mit Luftangriffen eine militärische Offensive im Nordwesten Syriens begonnen. Seit dem 21. Januar 2018 versucht sie nun mittels Bodentruppen und Panzern, darunter solchen aus deutscher Produktion, diese Regionen zu erobern. Mitte März steht die türkische Armee kurz vor der nordwestsyrischen Stadt Afrin. Die Stadt wird bombardiert. Es droht ihre vollständige Belagerung.

Ziel der türkischen Offensive im Norden Syriens ist nicht der Kampf gegen den IS, sondern der Kampf gegen die kurdische YPG, deren zivile und militärische Strukturen in Syrien der türkische Präsident Erdoğan nach eigenen Angaben „vernichten" will. Die regulären Streitkräfte des NATO-Bündnismitglieds Türkei bekämpfen die kurdische YPG am Boden im Bündnis mit radikal-islamistischen Milizen.

Der türkische Präsident kündigte in einer Rede am 10.3.2018 an, die militärische Offensive auf den gesamten Norden Syriens auszudehnen, um Afrin und anschließend weitere Städte im Norden Syriens „von Terroristen zu säubern".

Die türkische Regierung verstößt mit ihren anhaltenden Angriffen im Norden Syriens gegen die vom UN-Sicherheitsrat am 24. Februar 2018 in Resolution 2401 (2018) geforderte 30-tägige Waffenruhe.

Die Bundesregierung hat bislang darauf verzichtet, den Völkerrechtsbruch, den der Angriff auf den Norden Syriens darstellt, klar als solchen zu benennen und zu verurteilen. Dieses Stillhalten ist nicht nachvollziehbar. Das gilt gerade auch vor dem Hintergrund, dass alle Fraktionen des Bundestages am 1. Februar 2018 den Einmarsch als Völkerrechtsbruch verurteilten.

Bei der Bodenoffensive sind von Deutschland an die Türkei gelieferte Leopard-2-Panzer im Einsatz. Der NATO-Partner Türkei hatte in den 1980er und 1990er Jahren 397 Leopard-1-Panzer bekommen. Von 2006 bis 2011 hat die Türkei 354 Leopard-2-Panzer erhalten. Die Türkei verfügt damit über mehr Leopard Kampfpanzer als die Bundeswehr.

Der Leopard wird von den deutschen Rüstungskonzernen KMW und Rheinmetall gebaut. Rheinmetall soll nun die Leopard-2-Panzer nachrüsten. Offiziell zögert die geschäftsführende Bundesregierung die Entscheidung über die Genehmigung der Modernisierung der türkischen Panzer bis zur Bildung einer neuen Regierung hinaus. Medienberichten zufolge soll allerdings bereits drei Tage nach dem Treffen von Bundesaußenminister Sigmar Gabriel mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoğlu in Goslar eine Delegation des türkischen Unternehmens BMC – mit dem Rheinmetall langfristig zudem auf ein Joint Venture hinarbeitet – bei Rheinmetall in Düsseldorf eine Vereinbarung über die Nachrüstung unterzeichnet haben.

Am 18. Februar 2018 hat die türkische Regierung den Wunsch nach einer deutschen Beteiligung am geplanten Bau von 1000 Kampfpanzern geäußert.

Derzeit sind rund 300 deutsche Soldaten in Al-Asrak in Jordanien stationiert. Mit vier Tornado-Jets und einem Tankflugzeug unterstützt die Bundeswehr von dort aus den Kampf gegen den „Islamischen Staat“. Die Tornados fertigen Aufklärungsbilder für die Anti-IS-Allianz zur Bombardierung von Zielen an. Die hochauflösenden Bilder von potentiellen Zielen werden noch während des Flugs an die Bodenstation geschickt und dort ausgewertet. Diese Informationen kann die Türkei im Rahmen ihres Angriffskrieges im Norden Syriens nutzen.

Vom türkischen Konya aus beteiligen sich deutsche Soldaten an AWACS-Aufklärungsflügen der NATO. Die AWACS-Maschinen erstellen Lagebilder aus dem Luftraum über Syrien und dem Irak und dirigieren Flugzeuge außerhalb von Kampfeinsätzen. Die Bundeswehr stellt ein Drittel der Besatzungsmitglieder. Die luftgestützte Luftraumüberwachung läuft Gefahr Aufgaben zur Unterstützung der von der türkischen Armee geführten Bodenkräfte zu übernehmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Bruch des Völkerrechts beim Angriff der Türkei auf Syrien zu verurteilen,
2. von der türkischen Regierung den sofortigen Stopp aller Kampfhandlungen und den Rückzug der türkischen Armee aus Syrien zu verlangen,
3. einen sofortigen Exportstopp für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter in die Türkei zu verhängen,
4. keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in die Türkei zu erteilen,
5. die Gesetzeslücke zu schließen, welche ermöglicht, dass beispielsweise Rheinmetall unter Umgehung der deutschen Rüstungsexportrichtlinien eine Panzerfabrik in der Türkei bauen kann,
6. die angefragte Genehmigung für die Nachrüstung der Leopard-2-Panzer endgültig abzulehnen,
7. keine Genehmigung für eine Beteiligung deutscher Unternehmen am Bau von 1000 neuen Kampfpanzern, den die türkische Regierung plant, zu erteilen,
8. sicherzustellen, dass die Türkei Aufklärungsdaten aus Tornado-Einsätzen der Bundeswehr nicht für ihre Aggression gegen die Kurden, Jesiden, Araber, Aramäer und anderen Bevölkerungsgruppen im Norden Syriens nutzen kann,
9. die deutschen Soldaten aus Konya abzuziehen und damit dafür Sorge zu tragen, dass Bundeswehr und NATO nicht an den völkerrechtswidrigen Angrif-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

fen der Türkei beteiligt werden, indem AWACS-Aufklärungsflüge Aufgaben zur Unterstützung der von der türkischen Armee geführten Bodenkräfte im Norden Syriens übernehmen.

Berlin, den 13. März 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.